

## NACHGEFRAGT

# „Die Afghanen wollen es allein schaffen“

Frau Maaß, Sie waren zuletzt acht Monate in Afghanistan. Wie hat sich die politische Stimmungslage verändert?

Die Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft hat in den vergangenen Jahren erheblich gelitten. Und wir haben es außerdem mit veränderten Strategien zu tun: Präsident Hamid Karzai hat bei seiner Verteidigung am 19. November vergangenen Jahres klargemacht, dass Afghanistan bis 2014 sicherheitspolitisch selbstständig sein will. Bei der internationalen Afghanistan-Konferenz in London wird unter anderem darüber entschieden, Teile der Taliban in die afghanische Gesellschaft zu reintegrieren. Das schließt sogar Gespräche mit den Führern der Taliban ein.



Citha D. Maaß,  
Expertin der  
Stiftung Wissen-  
schaft und  
Politik in Berlin

Dann scheint in der Zukunft auch eine Truppenreduzierung oder ein Abzug möglich?

Wir haben es mit einem erstarbten Selbstbewusstsein der Afghanen zu tun, sie besinnen sich auf stolze Traditionen – und wollen selbst Sicherheit herstellen. Karzai hat mit 2014 ein Zieldatum genannt. In der Vergangenheit hat die Nato, geleitet von der amerikanischen Strategie der Bush-Administration, geglaubt, sie müsse die Taliban besiegen. Aber tatsächlich ist das Isaf-Mandat der internationalen Truppen ein unterstützendes Mandat. Das sollten wir berücksichtigen, wir sollten stärker afghanische Kräfte ausbilden. Einzig mehr Soldaten zu schicken bedeutet auch mehr Ziele für Anschläge abzugeben. Ich befürchte für das nächste halbe Jahr noch einmal eine Zunahme der Anschläge durch die Taliban.

Was heißt das für den Bundeswehreinsatz?

Auch im Norden Afghanistans, in dem die Bundeswehr die Verantwortung trägt, wird es Wiedereingliederungsprogramme für Taliban geben. Aus meiner Sicht wäre die Mandatsbergrenze von 4500 Bundeswehrsoldaten weitestgehend einzuhalten, aber der Einsatz ist umzustrukturieren. Denn es ist zu berücksichtigen, dass die Amerikaner 2500 Mann in der instabilen Region Kundus stationieren und auch 5000 Mann der afghanischen Armee entsandt werden. Die Bundeswehr hat verschiedene Aufgaben im Norden: Die Führung des Regionalkommandos Nord in Mazar-i-Scharif bindet Kräfte, die Aufstandsbekämpfung und Sicherung der neuen Nato-Transportroute durch Kundus auch, aber möglicherweise lässt sich der Standort Feisabad noch in diesem Jahr in afghanische Verantwortung übergeben, weil die Lage dort vergleichsweise übersichtlich ist. Was wir verstärkt brauchen, sind mehr Bundeswehrausbilder, um die afghanische Armee auszubauen. Vor allem fehlen gut ausgebildete Offiziere, die ein Bataillon oder größere militärische Einheiten sinnvoll führen können. Eine entsprechende Schulung afghanischer Offiziere an der Führungsakademie der Bundeswehr wäre da sinnvoll.

Ist zivile Hilfe bei der schwierigen Sicherheitslage überhaupt noch umsetzbar?

Sie ist noch möglich. Aber es gibt Distrikte, etwa bei Kundus, da ist es für internationale Helfer zu gefährlich. Es gibt aber die Möglichkeit, besonders dort mit afghanischen Partnern zusammenzuarbeiten. Das deutsche Finanzvolumen für zivile Aufbauarbeit sollte übrigens nicht aufgestockt, sondern umgeschichtet werden – sonst verstärkt man eher die Korruption, als den Menschen wirklich zu helfen.

Werden wir im Laufe des Jahres feststellen, dass die innenpolitische Debatte, die die EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann ausgelöst hat, mit den außenpolitischen Anforderungen in Afghanistan zur Deckung kommt?

Das wünsche ich sehr. Wir müssen uns unserer Ziele in Afghanistan vergewissern. Die alten Begründungen für den Einsatz, die nach 2001 galten, müssen jetzt durch eine realistischere Perspektive ersetzt werden. Wir brauchen eine Neubegründung des Afghanistan-Engagements.

Interview: Christian Holzgreve